



Nr. 10/2013

Oktober

- ❑ **Finanzausgleich 2014 soll Kommunen stärken.** Seite 1
- ❑ **Handelsabkommen bringen Gefahr für Daseinsvorsorge.** Seite 3
- ❑ **Verlangsamung der kommunalen Steuereinnahmen.** Seite 4
- ❑ **Sozialcharta im Wohnungsbestand der GBW.** Seite 5
- ❑ **Kommunale Bildungsregionen brauchen Förderung.** Seite 6
- ❑ **Wunsiedler Demografieforum zur Infrastruktur.** Seite 7
- ❑ **Deimers Buch zur Geschichte der Stadt Landshut.** Seite 8
- ❑ **Olympische Winterspiele 2022 in München.** Seite 9

Finanzausgleich 2014 soll Kommunen stärken

Nach der Neukonstituierung des Landtags und der Kabinettsbildung sehen die kommunalen Spitzenverbände den Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2014 gespannt entgegen. Insbesondere die Aufnahme des Anspruchs der Gemeinden auf eine angemessene Finanzausstattung in die Bayerische Verfassung erfordert konkrete Maßnahmen.

Während im vergangenen Jahr die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich bereits vor der Sommerpause abgeschlossen waren, ist heuer frühestens im Dezember mit Ergebnissen zu rechnen. Bis wann die vorläufigen Schlüsselzuweisungen den Kommunen bekannt gegeben werden können, ist derzeit noch unklar. Dies erschwert die Haushaltsplanungen der Kommunen ungemein, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen 2014. Für eine ausreichende Planungssicherheit benötigen die Kommunen die vorläufigen Schlüsselzuweisungsbeträge möglichst noch in diesem Jahr.

Ein zentrales Verhandlungselement bei den diesjährigen Verhandlungen ist der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund. Denn auch wenn es beim Kommunalanteil durch die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen zu einem natürlichen Aufwuchs um rund 85,5 Millionen Euro (+ 2,96 Prozent) kommt, benötigen die Kommunen dringend einen höheren Anteil an der Verbundquote (derzeit: 12,75 Prozent). Selbst Städte und Gemeinden mit einer durchschnittlichen Steuerkraft, denen (noch) keine

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,
Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Internet: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Bernd Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Stabilisierungshilfen gewährt werden können, müssen für einen ausgeglichenen Haushalt einen strikten Sparkurs fahren. Die zuletzt höheren kommunalen Steuereinnahmen werden aufgrund der Umlagebelastungen zum großen Teil umverteilt. Notwendige Investitionen rechtzeitig und weitblickend zu tätigen, ist vielerorts nicht möglich.

Der Freistaat muss nun der Aufnahme des Anspruchs der Gemeinden auf eine angemessene Finanzausstattung in die Verfassung entsprechende Taten folgen lassen. Die hohe Zustimmungquote von über 90 Prozent bei dem zugrundeliegenden Volksentscheid zeigt, welchen Stellenwert leistungsfähige Kommunen bei den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern haben. Kommunen schaffen mit ihren Leistungen der Daseinsvorsorge und Investitionen in die Infrastruktur die zentralen Grundlagen für ein attraktives Lebens- und Wirtschaftsumfeld.

Aktuell ist hier auf den gelungenen Kraftakt der Kommunen bei der Schaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen sowie den Ausbau der Ganztagsbetreuung hinzuweisen. Allerdings müssen die Städte und Gemeinden auch in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ohne Haushaltsdefizite zu erfüllen. Die Kommunen benötigen deshalb einen weiteren kräftigen Schritt in Richtung der von den Spitzenverbänden angestrebten kommunalen Verbundquote von 15 Prozent. Der ebenfalls in die Bayerische Verfassung aufgenommene Leistungsvorbehalt des Freistaats steht dieser Forderung nicht entgegen.

Ein weiteres Handlungsfeld zur Stärkung der Kommunen ist eine Verbreiterung der Investitionsförderung, beispielsweise für Brandschutzmaßnahmen und energetische Sanierungen. Die Anhebung der seit 1999 unveränderten Finanzausweisungen für die Erledigung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises gehört ebenso zu den gemeinsamen Forderungen des Bayerischen Städtetags und der anderen kommunalen Spitzenverbände wie eine höhere Förderung für den Unterhalt, die Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Straßen. Außerdem muss der Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer neu verhandelt werden.

Außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erwarten die Kommunen, dass sich der Freistaat Bayern weiterhin für ein Bundesleistungsgesetz mit einer Verankerung der Finanzverantwortung des Bundes für die Eingliederungshilfe für Behinderte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe einsetzt. Des Weiteren ist eine Entfristung des Sonderförderprogramms für den Krippenausbau sowie eine Erhöhung der Fördermittel für den laufenden Betrieb der Kindertagesstätten notwendig, um die Handlungsspielräume der Kommunen nicht weiter einzuschränken.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Weltweite Handelsabkommen wollen Dienstleistungen liberalisieren

Neue Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge

Durch zwei weltweite Handelsabkommen drohen neue Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge. Die Abkommen zielen darauf ab, öffentliche Dienstleistungen international zu liberalisieren. Damit kann auch die Debatte über Ausschreibungspflichten im Bereich der Wasserversorgung wieder auf die Tagesordnung kommen. Der Verhandlungserfolg der Kommunen gegenüber EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, der zur Herausnahme des gesamten Wasserbereichs aus dem EU-Konzessionsrichtlinienentwurf geführt hat, könnte zum Pyrrhussieg werden.

Anlass zur Sorge sind zum einen die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen, die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Das Abkommen soll Handelshemmnisse beseitigen. Geplant ist die weltweit größte Freihandelszone mit rund 800 Millionen Einwohnern.

Die EU-Kommission führt im Auftrag des Europäischen Rats die Verhandlungen mit den USA. Das Mandat umfasst auch kommunal-relevante Handlungsbereiche, wie das öffentliche Auftragswesen, die Energiepolitik und den Umweltschutz. Nach dem jetzigen Zeitplan sollen die Verhandlungen bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Das EU-Parlament und der Rat sollen dann die Ergebnisse genehmigen, bevor sie für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten verbindlich werden. Eine Mitwirkung der Kommunen ist nicht vorgesehen. Derzeit finden die Verhandlungen hinter geschlossenen Türen statt.

Ebenso bedrohlich sind die seit Frühjahr 2013 laufenden Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade

in Services), das plurilaterale Abkommen über Dienstleistungen (Plurilateral Trade in Services Agreement, PTISA). Es geht um eine umfassende Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels. Betroffen sind auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr oder Wasserversorgung.

Das EU-Parlament hat in einer EntschlieÙung vom 04.07.2013 zum Ausdruck gebracht, dass die EU-Kommission bei der Aushandlung von Marktzugangspflichten die Verteidigung der für die EU sensiblen Anliegen bei den öffentlichen Dienstleistungen sicherstellen soll. Dabei werden insbesondere hervorgehoben die Bereiche öffentliche Bildung, öffentliche Gesundheit, Wasserversorgung und Abfallwirtschaft. Fraglich ist, ob dies die Interessen der deutschen kommunalen Selbstverwaltung ausreichend wahren kann.

Diese Verhandlungen lassen das Einlenken von EU-Binnenmarktkommissar Barnier bei der EU-Konzessionsrichtlinie in einem neuen Licht erscheinen. Der drohende neue Liberalisierungsschub ist umso gefährlicher, weil die EU-Kommission unter Hinweis auf die dann geltenden internationalen Abkommen argumentieren könnte, dass sie auf dieser Grundlage zur Liberalisierung weiter Teile öffentlicher Dienstleistungen auf EU-Ebene verpflichtet sei. Daher muss die Bundesregierung diese negative Entwicklung rechtzeitig stoppen.

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Gewerbesteuer und Steuerbeteiligungsbeträge

Verlangsamung der kommunalen Steuereinnahmen im dritten Quartal

Sowohl bei den Steuerbeteiligungsbeträgen der Städte und Gemeinden in Bayern als auch bei der Gewerbesteuer der kreisfreien Städte bleibt das Aufkommen im dritten Quartal 2013 unter den Ergebnissen aus den beiden vorangegangenen Quartalen. Dennoch fällt die bisherige Entwicklung bei den kommunalen Steuereinnahmen insgesamt positiv aus.

Nach einer aktuellen Umfrage des Bayerischen Städtetags bei den kreisfreien Städten in Bayern betrug das Gewerbesteueraufkommen (Brutto) im zweiten Quartal 936 Millionen Euro und liegt damit 6 Prozent unter dem Aufkommen des Vorjahresquartals. Im ersten Halbjahr legte die Gewerbesteuer mit einem Aufkommen von 1,731 Mio. Euro noch um etwa 27 Prozent zu.

Mit einem Gewerbesteuervolumen von 3.130 Mio. Euro zum Stichtag 30. September 2013 ergibt sich ein Plus von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Umfrageergebnisse zeigen ein stadtbezogenes heterogenes Bild. So ist der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal lediglich der Veränderung in zwei Städten geschuldet. Die Zahlen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden liegen noch nicht vor.

Die Beträge der gemeindlichen Steuerbeteiligungen an der Einkommensteuer, Umsatzsteuer sowie Einkommensteuerersatzleistungen aller Städte und Gemeinden in Bayern liegen in Summe (1.744 Mio. Euro) leicht unter dem Niveau der beiden vorangegangenen Quartale (rund - 3 Prozent). Diese Verlangsamung hat sich bereits aus der verhaltenen Entwicklung der kassenmäßigen Einnahmen bei der Lohnsteuer im Juli (+ 2,4 Prozent) und August (+ 3,5 Prozent) angedeutet. Zuletzt gab es im September wieder einen höheren Zuwachs (+ 6,5 Prozent). In der

Gesamtbetrachtung ergibt sich bei den Steuerbeteiligungsbeträgen aus den ersten drei Quartalen ein beachtlicher Zuwachs von rund 7,6 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Insbesondere das Plus bei der Einkommensteuerbeteiligung um rund 357 Mio. Euro auf 4.487 Mio. Euro (+ rund 8,5 Prozent) wirkt sich stabilisierend auf die kommunalen Haushalte aus. Dies ist Folge einer nach wie vor stabilen Lage auf dem Arbeitsmarkt und der weiter aufstrebenden Konjunktorentwicklung. Der marginale Anstieg bei der Umsatzsteuerbeteiligung von 1,12 Prozent auf 457 Mio. Euro ist dem rückläufigen Trend bei der Einfuhrumsatzsteuer geschuldet.

Fazit: Bei den Steuerbeteiligungsbeträgen, vor allem bei der Einkommensteuerbeteiligung, liegen die Ergebnisse über den Erwartungen der letzten Steuerschätzung. Das Gewerbesteueraufkommen der kreisfreien Städte stellt sich vor Beginn des Schlussquartals insgesamt positiv dar, fällt aber regional sehr unterschiedlich aus.

Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer in einzelnen Städten haben keine flächendeckende Wirkung. Hinzu kommt, dass höhere Steuereinnahmen aufgrund der Umlagebelastungen zum großen Teil umverteilt werden. Grund sind die weiterhin rasant steigenden Ausgaben im Sozialbereich, die den Landkreisen und Bezirken nur wenig Spielraum für eine spürbare Senkung ihrer Umlagesätze lassen.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Wohnungsbestand der GBW

Einhaltung der Sozialcharta durch die „Patrizia“

Laut Berichterstattung in den Münchner Medien möchte die GBW AG ihren Wohnungsbestand in München zum Teil veräußern. Tatsächlich wurden der Landeshauptstadt München bereits erste notarielle Kaufverträge über in München gelegene Wohnungen zugeleitet. Auch die Städte Puchheim und Eichstätt wandten sich mit entsprechenden Meldungen an den Bayerischen Städtetag. Diese Wohnungsveräußerungen sind kritisch zu beobachten. Sie dürfen nicht auf Kosten der weit über 30.000 „GBW-Mieter“ erfolgen.

Der Bayerische Städtetag sorgt sich mit Blick auf die angespannte Wohnungssituation in den Verdichtungsräumen und der geringen Zahl an Sozialwohnungen bereits seit 2009 um die GBW-Mieter. Der Städtetag hat den Freistaat wiederholt aufgefordert, die GBW-Wohnungen zu übernehmen.

Im Jahr 2012 formierte sich ein breit aufgestelltes kommunales Konsortium unter der Federführung des Bayerischen Städtetags und Beratung durch die Deloitte & Touche GmbH, um mit dem Freistaat und der BayernLB Verhandlungen über eine mögliche Übernahme der GBW-Anteile zu führen.

Das Vorhaben des Zusammenschlusses scheiterte schließlich am 3. Juli 2012 an den Vorgaben der Europäischen Kommission, die Anteile an der GBW AG in einem europaweiten Bieterverfahren zu veräußern. Die Ergebnisse der Beratungen konnten von der Win-B, einem sich neu gebildeten kommunalen Konsortium um die Städte München und Nürnberg, übernommen werden.

Am 8. April 2013 wurde schließlich bekannt, dass die BayernLB ihren 92-Prozent-Aktienanteil an der GBW AG mit etwa 32.000 Wohnungen für einen Bruttokaufpreis von 2,453 Milliarden Euro an ein von dem Augsburger Konzern „Patrizia“ geführtes Investorenkonsortium verkauft. Nach Angaben der BayernLB liegt der Nettokaufpreis nach Abzug der Verbindlichkeiten der GBW AG bei 882 Millionen Euro. Das kommunale Konsortium ist somit knapp unterlegen.

Bereits ein halbes Jahr später scheint die Patrizia selbst den Beweis dafür zu geben, dass der hohe Kaufpreis nicht im gewöhnlichen, auch sozialen Kriterien folgenden Geschäftsgang refinanziert werden kann. Die in der Presse angekündigten Bestandsveräußerungen im großen Stil lassen die Städte aufhorchen, ob die Vorgaben der Sozialcharta eingehalten werden, wie sie die Patrizia am 8. April 2013 öffentlich bekannt gegeben hat.

Der Bayerische Städtetag nahm Meldungen besorgter Mitgliedstädte zum Anlass, zu einem Informationsaustausch zu laden, um einen Überblick zu bekommen und mögliche Verstöße gegen die Sozialcharta überhaupt feststellen zu können.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Schulausschuss verweist auf Vorbild Baden-Württemberg

Kommunale Bildungsregionen brauchen ein Förderprogramm

Der Freistaat Bayern hat jüngst einer Reihe von Kommunen das Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“ verliehen. Der Schulausschuss des Bayerischen Städtetags erwartet, dass der Freistaat auch ein Förderprogramm auflegt, wie es in Baden-Württemberg der Fall ist.

Pressemitteilungen des bayerischen Kultusministeriums zufolge gibt es bayernweit aus dem Bereich der Landkreise und kreisfreien Städte zwischenzeitlich 47 Teilnehmer an dem Modellprojekt „Bildungsregion in Bayern“. Den Städten Erlangen und Kaufbeuren sowie einigen Landkreisen ist das Gütesiegel des Freistaats Bayern jüngst verliehen worden. Eine finanzielle Unterstützung ist mit der Verleihung des Gütesiegels allerdings nicht verbunden.

Der Schulausschuss des Bayerischen Städtetags hat in seiner Sitzung am 18. Oktober 2013 gefordert, dass der Freistaat Bayern nach dem Vorbild von Baden-Württemberg ein Förderprogramm auflegen und den Kommunen neben der ideellen auch eine finanzielle Unterstützung zukommen lassen sollte. Das Nachbarland fördert jede Bildungsregion jährlich mit einem Lehrerdeputat (maximal A 13) oder einem finanziellen Äquivalent in Höhe von 45.000 Euro.

Insgesamt werden jährlich Mittel im Umfang von 44 Lehrerdeputaten für das Landesprogramm Bildungsregionen zur Verfügung gestellt, sodass prinzipiell alle kreisfreien Städte und Landkreise in Baden-Württemberg am Programm teilnehmen können. Damit wird dem erheblichen Personalaufwand für Einrichtung und Umsetzung einer Bildungsregion Rechnung getragen.

Der BAYERISCHE STÄDTETAG 2013 hat den neuen Landtag und die neue Staatsregierung bereits in seinem Positionspapier aufgefordert, mehr kommunale Gestaltungsmöglichkeiten für Bildungslandschaften einzuräumen und diese finanziell, personell sowie durch geeignete organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Der Bayerische Städtetag begrüßt in Übereinstimmung mit der Aachener Erklärung 2007 und der Münchner Erklärung 2012 des Deutschen Städtetags die Absicht der Staatsregierung, flächendeckend kommunale Bildungsregionen aufzubauen, um die Bildungsbildungs- und Teilhabechancen für junge Menschen landesweit zu verbessern.

Starke kommunale Bildungslandschaften kann es aber nur mit einer starken Unterstützung durch das Land geben. Die Erstellung eines staatlichen Handbuchs ist dabei hilfreich, aber nicht ausreichend. Nachrichtlich ist anzumerken, dass der Bund seine Initiative „Lernen vor Ort“ mit 60 Millionen Euro ausgestattet hat.

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de

Wunsiedler Demografieforum

Alternde Gesellschaft stellt Anforderungen an Infrastruktur

Der demografische Wandel wird in einigen Regionen Bayerns zunehmend spürbar: Eine alternde Gesellschaft stellt besondere Anforderungen an die städtische Infrastruktur, die sich – ohne hier sämtliche Facetten darstellen zu können – mit dem Stichwort „Barrierefreiheit“ beschreiben lassen.

Die mit dem Alter einhergehende sinkende Mobilität der Bürger verlangt nach kurzen Wegen und danach, den Begriff der „Nahversorgung“ wörtlich zu nehmen. Die sinkende Geburtenrate und der anhaltende Wegzug gerade der jungen Bevölkerung lassen die Städte „ausbluten“.

Kommunale Einrichtungen der Infrastruktur werden nicht mehr ausgelastet. Deren Betrieb ist nicht mehr wirtschaftlich und führt zwangsläufig zu einer steigenden Kostenbelastung der zahlenmäßig schrumpfenden Stadtbevölkerung. Zuwanderung anzustoßen ist schwierig, da der stark belastete, oft nicht mehr genehmigungsfähige Haushalt nicht erlaubt, die Attraktivität der Innenstädte, etwa durch energetische oder „demografische“ Sanierung des Wohnbestands, nachhaltig wiederherzustellen oder zu steigern. Nicht selten fehlen sogar die Eigenmittel, um staatliche Förderprogramme in Anspruch nehmen zu können. Die betroffenen Städte wännen sich in einer Abwärtsspirale.

Die Stadt Wunsiedel – wie viele weitere demografiebelastete Städte und Gemeinden – will sich ihrem scheinbaren Schicksal nicht fügen und entwickelt in einem Pilotprojekt „Wunsiedel 10.000“ unter wissenschaftlicher Begleitung durch das Institut AGIRA e.V. einen Aktions- und Maßnahmeplan, um mit zukunftsfähigen Lösungen den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen.

Im 1. Wunsiedler Demografieforum am 10. Oktober 2013 sammelten Vertreter der Kommunalpolitik, der Staatsverwaltung und der Verbände unter Begleitung durch Prof. Dr. Lothar Koppers Ideen zur Abhilfe. Wichtig war es den Teilnehmern in dieser ersten Sitzung zunächst, ein Forum zum Austausch zu schaffen und ein Zeichen zu setzen, dass man aktiv geworden ist und nicht der Dinge ihren Lauf lassen möchte.

Wunsiedels Erster Bürgermeister Karl-Willi Beck kündigte zum Abschluss der Veranstaltung eine Fortsetzung des Demografieforums an, in nächster Runde mit einem Vertreter der Bayerischen Staatsregierung.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodienst**“ und klicken „**Informationsbrief und PR-Mitteilungen**“ an, um sich anzumelden.

Josef Deimers Buch zur Geschichte von Landshut

Eine Stadt als Lebewesen und Kunstwerk

Josef Deimer ist unter die Autoren gegangen. Der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags und Landshuter Alt-Oberbürgermeister hat sich mit der Co-Autorin Ursula Weger an die Geschichte seiner Heimatstadt Landshut gewagt. Die beiden Autoren wollen das dicke Buch nicht als Chronik einer über 800 Jahre alten Stadt verstanden wissen, sondern als „Stadtbiographie“.

Die Autoren bezeichnen die Stadt als „Lebewesen“: Sie beschreiben die Geschichte nicht zuletzt anhand von Landshuter Persönlichkeiten, streuen in Schlaglichtern die Lebensläufe prominenter Schriftsteller und Künstler ein, die in Landshut gelebt und gewirkt haben. Das Autorenteam skizziert wichtige Ereignisse im Lauf der Jahrhunderte, sei es der Residenzstadt oder der Universitätsstadt. Die Autoren umreißen den Wandel der Stadtgestalt vom Mittelalter 1204 bis zum Jubiläumsjahr 2004. Die Autoren sehen Landshut als „Kunstwerk Stadt“: Im Lauf der Jahrzehnte gestalteten die Bürger ihre Stadt und lassen die Stadt zum unverwechselbaren Kunstwerk wachsen.

Der Landshuter Alt-Oberbürgermeister widmet sich dem 20. Jahrhundert. Er spinnt lange Fäden der Entwicklung der alten Stadt auf dem Weg in die Moderne. Mit der ihm eigenen Akribie und viel Liebe zum Detail verwebt Deimer diese Fäden. Markante Stationen seines eigenen Lebenslaufes als Stadtoberhaupt, seine Anfänge als junger CSU-Politiker, als Stadtrat, dritter Bürgermeister und Landtagsabgeordneter fließen in die Stadtbiographie ein.

Deimer bummelt durch die Stadtgeschichte, wie er sie erlebt und geprägt hat. Er streift kreuz und quer durch die Gassen der Geschichte,

manchmal auch mit zeitlichen Sprüngen, um die Entwicklung der Stadt Landshut nach dem Zweiten Weltkrieg aus seiner Perspektive zu illustrieren. Kaum einen Bereich spart er aus: So entsteht eine reichhaltige Sammlung an Wissen, an Erlebnissen und Wertungen zur Entwicklung Landshuts unter den Vorzeichen des Wirtschaftswachstums, der Umweltprobleme und des Baus von Atomkraftwerken vor den Toren der Stadt.

Seine Sichtweise auf die Stadtgeschichte stützt Deimer mit Zitaten von Romano Guardini, Max Weber und penibel belegten Landtagsdrucksachen. Dabei illustriert er die „Planungseuphorie“ der 1970er Jahre mit dem Ziel einer konsequenten Stadtplanung und der Schaffung eines bayernweiten Rahmens im Landesentwicklungsprogramm.

Damit öffnen sich den Lesern Blicke auf Deimers Wahrnehmung von Gebietsreform, Stadtentwicklung, Altstadtsanierung und Verkehrsplanung. Auch die Wegmarken des kulturellen Lebens und das sportliche Leben zwischen Spitzensport und Breitensport finden eine ausführliche Würdigung. Und natürlich dürfen auch die Vorgeschichte und schließlich der Bau des 1999 eröffneten Hofbergtunnels nicht fehlen, der seit 2007 den Namen eines berühmten Landshuters trägt: Josef-Deimer-Tunnel.

Josef Deimer, Ursula Weger: Landshut. Ein Stadtleben. 469 Seiten. Friedrich Pustet Verlag. 24,95 Euro.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Bürgerentscheide in München, Garmisch-Partenkirchen, Traunstein, Berchtesgadener Land

Olympische Spiele 2022 – nach 50 Jahren wieder in München?

Finden 50 Jahre nach den Olympischen Spielen in München 1972 wieder Olympische Spiele in Bayern statt? Falls die Bürger am 10. November 2013 ein positives Votum abgeben, wird München sich mit drei Partnerkommunen um die Winterspiele 2022 bewerben.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes hat am 30. September 2013 ohne Gegenstimme beschlossen, sich für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2022 zu bewerben. Die Bewerbung soll gemeinsam mit der Landeshauptstadt München, dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land erfolgen. Voraussetzung ist ein positives Votum der Bevölkerung. Hierzu wird es am 10. November 2013 in allen vier Kommunen Bürgerentscheide geben.

Sollten die Bürger für die Olympiabewerbung stimmen, muss bis 14.11.2013 die Bewerbung beim IOC eingereicht werden. Bis März 2014 muss anschließend ein Eckpunktepapier („Mini Bid Book“) für das Bewerbungskonzept eingereicht werden. Im Juli 2014 werden die zugelassenen Kandidaten veröffentlicht. Diese haben bis Januar 2015 Zeit, ihre vollständigen Konzeptunterlagen („Bid Book“) abzugeben. Die Entscheidung, wer die Olympischen Winterspiele 2022 durchführt, wird vom IOC im Juli 2015 getroffen.

München hatte sich bereits für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2018 beworben. Obwohl das Konzept – vor allem wegen der Nachhaltigkeit – international auf große Zustimmung traf, fiel die Entscheidung auf die südkoreanische Stadt Pyeongchang. Diese hatte

sich allerdings bereits zum dritten Mal beworben. Grundlage einer möglichen Bewerbung Münchens für 2022 ist das Konzept 2018. Um die Wettbewerbe möglichst nachhaltig und flächenschonend auszurichten, wurde das Sportstättenkonzept noch verfeinert. Gegenüber der Bewerbung 2018 mit zwei sind nun drei Veranstaltungszentren geplant. Von insgesamt 16 Sportstätten sind bereits 11 vorhanden, drei würden nur temporär errichtet und nach den Spielen wieder abgebaut.

Eine mögliche Olympiabewerbung ist nicht nur für die Ausrichtungsorte wichtig, sie entfaltet ihre Strahlkraft weit darüber hinaus. Von den Investitionen in die Sportstätten, die Verkehrsinfrastruktur, den Tourismus und den Wohnungsbau kann das ganze Land über Jahre hinaus profitieren.

Der Sportausschuss des Bayerischen Städtetags hat deshalb in seiner letzten Sitzung nahezu einstimmig beschlossen, eine mögliche Olympiabewerbung 2022 – wie schon die Bewerbung 2018 – zu unterstützen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Bevölkerung in den betroffenen Kommunen die Spiele will. Sollte München den Zuschlag bekommen, wäre die bayerische Landeshauptstadt weltweit die erste Stadt, in der olympische Sommer- und Winterspiele durchgeführt werden.

Kontakt: richard.stelzer@bay-staedtetag.de

Lokalklang in bayerischen Städten

Wie klingt Bayern und was hat Musik mit Heimat zu tun? Wie klingt ein Ort im bayerischen Oberland, wie eine Stadt in Franken? Welche neuen Volksmusiker gibt es in Niederbayern, Schwaben und in der Oberpfalz? Wie interkulturell ist die bayerische Musiklandschaft und wo wird eigentlich noch gemeinsam gesungen?

LOKALKLANG geht im Sommer 2014 diesen Fragen nach. Mit unterschiedlichen Veranstaltungen – Konzerten, Mundartlesungen oder Gesangs-Flashmobs – will es die gesamte Bandbreite von musikalischer Praxis in ihrer kulturellen Vielfalt in Bayern abbilden. Das Festival will Heimatklänge vorstellen und mit neuen Klängen Heimat schaffen, Volksmusik mit Weltmusik verbinden und neue musikalische Entwicklungen zeigen. Urbayerische Klänge werden durch ungewohnte Instrumente erklingen und sich mit anderen Sprachen vermischen. Es wird gemeinsam getanzt, musiziert und gesungen – auf öffentlichen Plätzen.

In etwa 40 bayerischen Städten und Gemeinden finden von Mai bis Juli 2014 Konzerte, Mundartlesungen, gemeinsame Sing- und Tanzaktionen statt. STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte ist ein Zusammenschluss von 50 Kommunen, die in gemeinsamen Projekten kulturelle Entwicklungen befördern und neue Impulse setzen. Alle zwei Jahre organisiert das Städtenetzwerk ein Kulturfestival. Nach den Literaturlandschaften Bayerns, Kunsträume Bayern, Literatur Update und Stadt.Geschichte.Zukunft steht nun Musik im Mittelpunkt.

Weitere Informationen unter www.lokalklang.de und www.stadtkultur-bayern.de

Fachtagung der Städtebauförderung in Bayern

Die Oberste Baubehörde lädt in Kooperation mit der Bayerischen Architektenkammer zur Tagung „Ort schafft Mitte“ – Städtebauförderung in Bayern 2013 am 28. November 2013 im Kurhaus Freyung. Die Fachtagung behandelt die Leerstandsproblematik in Ortszentren. In den letzten Jahren hat der demografische und wirtschaftsstrukturelle Wandel in einzelnen Städten und Gemeinden zu Gebäudeleerständen, Brachflächen und Infrastrukturdefiziten geführt.

Die Behebung dieser Problematik ist in wirtschaftlich geschwächten Regionen auch mit Hilfe der Instrumente der städtebaulichen Erneuerung schwierig. Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern führt seit 2010 in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag und dem Gemeindetag das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ durch. Dabei werden in ausgewählten Kommunen neue Instrumente der Ortsmittenstärkung entwickelt und erprobt.

Im Rahmen der Fachtagung 2013 werden die Impulsprojekte der Modellkommunen und der Abschlussbericht des Modellvorhabens vorgestellt. Die eintägige Veranstaltung richtet sich an die Kommunalpolitik, kommunale Verwaltungen, Stadtplanungs-, Architektur-, Landschaftsarchitektur- und Ingenieurbüros. Teilnehmer an den Diskussionsforen sind Vertreter von Kommunalpolitik und Wissenschaft, von Architektur- und Stadtplanungsbüros sowie Projektbeteiligte der Modellkommunen. Die Teilnahme ist gebührenfrei.

Weitere Informationen unter www.stmi.bayern.de/uw/staedtebauforderung/aktuelles.

Veranstaltung zu VOF Vergabeverfahren

Mit Inkrafttreten der novellierten Vergabeverordnung am 11.6.2010 wurde die Anwendung der neuen VOF Vergabeverfahren für freiberufliche Architekten- und Ingenieurleistungen, Ausgabe 2009, für die öffentlichen Auftraggeber allgemein verbindlich. Trotz der Intention des Gesetzgebers, das Vergaberecht zu vereinfachen, und trotz Hilfswerke, wie des Leitfadens der Bayerischen Architektenkammer und der Ingenieurekammer-Bau für ein leistungsbezogenes, der Gleichbehandlung verpflichtetes und transparentes Wettbewerbsverfahren, stellen alle Beteiligten Schwierigkeiten in der Anwendung fest. Deshalb lädt der Verband Beratender Ingenieure – Landesverband Bayern mit der Bayerischen Architektenkammer, der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, dem Bayerischen Städtetag dem Gemeindetag und dem Bund Deutscher Architekten – BDA Bayern, zu einer Informationsveranstaltung am 12. November 2013, 14:00 – 17:30 Uhr, in das DB Museum Nürnberg, Lessingstr. 6, 90443 Nürnberg ein. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldung: bayern@vbi.de.

Gütesiegel für Erlangen

Erlangen erhielt das Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“. Die Stadt knüpfte an die „Erlanger Bildungsoffensive“ an. Bei der Konzeption der „Erlanger Bildungslandschaft“ stehen alle Facetten lebensbegleitender Bildung mit dem Ziel der Verbesserung der Chancengerechtigkeit im Fokus. Eine Besonderheit ist die Einbindung neuer Technologien. Best-Practice-Beispiele sind das „Erlanger Bildungsportal“, das eine virtuelle Plattform aller Bildungsakteure bietet, und die „Medieninitiative Erlangen“, die das Ziel hat, Bildung, Erziehung, Wissenschaft und Forschung im Bereich der Neuen Medien zu fördern.

Persönliche Nachrichten

Geburtstage

Im Oktober 2013 feiern

den 70. Geburtstag: Bürgermeister **Paul Lindner**, Waischenfeld,

den 65. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Ernst Stross**, Hammelberg, Bürgermeisterin **Maria Reitinger**, Hohenschäftlarn, Oberbürgermeister **Hans Rampf**, Landshut, Mitglied im Sportausschuss und Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister **Werner Himmer**, Marktobderdorf,

den 60. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Johann Zeh**, Lindenberg i. Allgäu,

den 50. Geburtstag: Oberbürgermeister **Maximilian Gotz**, Erding.

Gütesiegel für Kaufbeuren

Kaufbeuren erhielt das Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“. Die Stadt nutzte ihre Erfahrungen im Rahmen des Bundesförderprogramms „Lernen vor Ort“: Dabei hat sie mit „Kaufbeurenaktiv“ eine „Bildungsschaltstelle“ eingerichtet, die das Netz von Partnern aus Schulen, Bildungsträgern, Wirtschaft, Behörden, Verbänden, Vereinen und Initiativen geknüpft hat. Einen Schwerpunkt legt Kaufbeuren auf die Bildung, Integration und Berufsorientierung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, so etwa das Lernfest, die Initiative „Berufsorientierung aktiv“, das Projekt „4job“ und die Integrationslotsen.

Termine

- 04.11.2013 Arbeitskreis **Stadtarchive** in München
- 04.11.2013 **Kämmerertagung** Oberfranken in Hof
- 05.11.2013 **Vorstand** in München
- 06.11.2013 **Kämmerertagung Mittelfranken** in Baiersdorf
- 07.11.2013 **Kämmerertagung Schwaben** in Gundelfingen
- 08.11.2013 **Pressekonferenz** in München
- 11.11.2013 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Lauf a. d. Pegnitz
- 12.11.2013 Arbeitskreis **Kommunale Verkehrsüberwachung** in Fürth
- 13.11.2013 Arbeitskreis **Informations- und Kommunikationstechnologie** in Regensburg
- 14.11.2013 **Kulturausschuss** in München
- 19.11.2013 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Mainburg
- 21.11.2013 **Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz** in Amberg
- 25.11.2013 **Bezirksversammlung Schwaben** in Aichach
- 27.11.2013 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Ingolstadt
- 27.11.2013 **Kämmerertagung Oberbayern** in Kolbermoor
- 10.12.2013 **Personal- und Organisationsausschuss** in München
- 13.12.2013 **Kämmerertagung Unterfranken** in Würzburg
- 10.01.2014 **Sozialausschuss** in München
- 23.01.2014 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 24.01.2014 **Finanzausschuss** in München
- 04.02.2014 **Vorstand** in München
- 06.02.2014 **Pressekonferenz** in München

abgeschlossen am 22.10.2013